

und die EU haben sich auf ihrem Gipfel nur wenig zu sagen

Punkt angelangt

zunehmende Einwanderung au-
Bereuropäischer Menschen in den
alten Kontinent – ebenso genuss-
voll, wie sich westliche Medien
am „halbstarken“ Putin (so ein
Cover des „Spiegel“) reiben, die
ungenügende Menschenrechtslage
in Russland thematisieren, den
Umgang mit Homosexuellen kritise-
ren und in der Machtpolitik
des russischen Präsidenten einen
Versuch wittern, eine Art UdSSR
wiederzuerrichten. Bei manchen
europäischen Konservativen, die
die gesellschaftsliberalen Positionen,
die in der EU in den vergan-
genen Jahren dominant geworden
sind, ablehnen, kommt Putins
Botschaft allerdings an. Auch in
Amerika: Der Blogger Matt Drud-
ge nannte Putin nach der Snow-
den-Affäre gar den „Führer der

freien Welt“. „Russland schafft
auf diese Art sicher eine Stärkung
seiner Soft Power. Diese Positio-
nen sind in vielen Ländern populär,
rund um den ganzen Globus.
Europa vergisst bisweilen, dass es
nicht die Welt ist“, sagt der Polito-
loge Mangott.

Ringens um Ostmitteleuropa
Dennoch ließe sich zwischen
Russland und der EU wohl noch
relativ entspannt diskutieren,
wenn die Wertefrage das einzige
Problem wäre. Mit der vor allem
von Schweden, den baltischen
Staaten und Polen forcierten Öst-
lichen Partnerschaft hat sich aber
auch der geopolitische Konflikt
intensiviert. „Russland hat einen
schweren Fehler begangen, als es
die mittelosteuropäischen Staa-

ten, selbst so wichtige wie Polen,
in seiner Europapolitik völlig
missachtet hat“, sagt Rahr. „Mos-
kau will immer nur mit ausge-
wählten EU-Staaten verhandeln
und hat nicht verstanden, dass
die EU ein gefestigter Block ist“,
meint der Politologe. Er kritisiert
aber auch die Position der EU, die
in ihren eigenen Vorstellungen
verharre. „Ein Problem sind si-
cher auch die mittelosteuropä-
ischen Staaten“, sagte Rahr. „Sie
fürchten sich aus historisch ver-
ständlichen Gründen vor Moskau
und sind EU und Nato beigetre-
ten, um Schutz vor Russland zu
bekommen. Seit Ende des Kalten
Krieges sind EU und Nato aber
nicht mehr gegen Russland aus-
gerichtet“, meint Rahr. „Ein fol-
genreiches Missverständnis.“ ■

Janukowitsch will Regierung in der Ukraine umbilden

■ Proteste weiten sich aus – Präsident
hievt Hardliner in Schlüsselposition.

Kiew/Lemberg. (leg/apa) Die Si-
tuation in der Ukraine bleibt äu-
ßerst angespannt. Nach den vor-
erst gescheiterten Krisengesprä-
chen zwischen Opposition und
Regierung haben die Demonst-
ranten am Freitag ihre Barrikaden
weiter ausgebaut. In Kiew rük-
ten sie bis auf Sichtweite zum
Präsidentenpalast vor. Bereits in
der Nacht zum Freitag hatten
Regierungsgegner das rund hundert
Meter vom Maidan, dem unabhän-
gigkeitsplatz, entfernte Land-
wirtschaftsministerium besetzt.
In der Innenstadt füllten Opposi-
tionelle bei minus 13 Grad weitere
Sandsäcke mit Schnee, um sie zu
Wällen aufzuschichten. Rund
1000 Demonstranten blockierten
die Zufahrtswege zum Amtssitz
des Präsidenten.

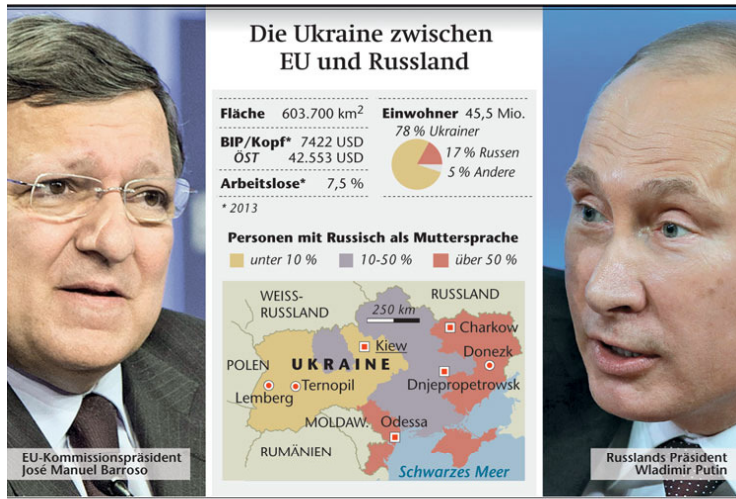
Österreich Geschäfte betreibt, für
die gewaltsame Auflösung einer
Demonstration am 30. November
verantwortlich. Zusammen mit
der Weigerung Janukowitschs,
das Assoziierungsabkommen mit
der EU zu unterzeichnen, war die
brutale Repression der Hauptaus-
löser der aktuellen Proteste.

Vermittlung der EU

Janukowitsch ist der Opposition
am Freitag aber auch entgegenge-
kommen: Der Präsident hat für
die kommende Woche eine Regie-
rungsombildung versprochen. Zu-
dem werde es Änderungen bei
den umstrittenen Gesetzen zur
Versammlungs- und Pressefrei-
heit geben, sagte er nach einem
Treffen mit EU-Erweiterungskom-
missar Stefan Füle und religiösen
Führern. Die EU stellt – zum Är-
ger Russlands – in der Ukraine
ihre Vermittlerdienste zur Verfü-
gung, gleichzeitig stehen aber
Sanktionen gegen Kiew im Raum.

Am Wochenende wird trotz der
Eiseskälte wohl erneut eine große
Demonstration stattfinden. Opposi-
tionspolitiker Vitali Klitschko
hat Präsident Viktor Januko-
witsch mangelnde Verhandlungs-
bereitschaft vorgeworfen und vor
einer weiteren Eskalation der Pro-
teste gewarnt: „Janukowitsch hat
mit seiner Hinhaltetaktik und
Pseudo-Verhandlungen dieje-
nigen gestärkt, die auf den Straßen
mit Gewalt reagieren wollen. Ein
erneutes Blutvergießen wäre des-
halb allein seine Schuld.“ Januko-
witsch hat am Freitag noch ein-
mal Öl ins Feuer gegossen: Er hat
den Hardliner Andrij Kljujew zum
Leiter des Präsidentsamtes gemacht
– eine äußerst wichtige Position.
Kljujew ist bei den Demonst-
ranten besonders verhasst. Laut der
„Ukrainska Prawda“ ist der
Mann aus Donezk, der auch in

Unteressen weiten sich die
Proteste auf den Westen des Lan-
des aus, vor allem im nationalis-
tisch dominierten Ostgalizien.
Regierungsgegner hielten mehrere
offizielle Gebäude besetzt. Die Po-
lizei nahm etwa 60 Demonst-
ranten vorläufig fest. Verwaltungs-
gebäude wurden etwa in Riwne,
Ternopil, Chmelnyzkij und Lwiw be-
setzt. Polens Premier Donald
Tusk warnt vor einem Ausein-
anderbrechen der Ukraine: Gewisse
Aktionen in Moskau und Kiew
zeigten, „dass jemand die Fäden
zieht, dass jemand dort ein Inter-
esse an Provokationen hat.“ Tusk
rief die EU auf, dieses „Schre-
ckensszenario“ abzuwenden. ■



Quelle: APA/dpa/Kyivpost/IWFF/WIIFW; Fotos: epa

WIENER ZEITUNG

Ungeliebte Abhängigkeit im Energiesektor

Von Veronika Eschbacher

■ 2014 stehen wichtige Entscheidungen
zwischen der EU und Russland an.

Moskau/Brüssel. Auch wenn
man wollte, man könnte gar nicht
ohne einander. Die gegenseitige
Abhängigkeit zwischen Europa
und Russland im Energiebereich
ist eklatant. Russland deckt jäh-
rlich rund ein Drittel des Erdgasbe-
darfs sowie vierzig Prozent des Öl-
bedarfs Europas. Gleichzeitig ge-
hen zwei Drittel der russischen
Erdgasexporte und gut 80 Prozent
der russischen Ölexporte nach Eu-
ropa. Und auch wenn von europä-
ischer Seite Anstrengungen un-
ternommen werden, diese Abhän-
gigkeit zu reduzieren, geht die Ten-
denz in die andere Richtung. Der
russische Energieriese Gazprom
lieferte etwa 2013 nach Europa
und in die Türkei um 16,3 Prozent
mehr Gas als im Jahr davor – ein
neues Rekordhoch.

Die gegenseitige Abhängigkeit
bedeutet aber nicht, dass man dem
anderen nicht regelmäßig Nadel-
stiche versetzen könnte. „Die Be-
ziehungen zwischen der EU und
Russland im Energiebereich sind
weiterhin angespannt“, sagt Jonas

Grätz, Energie- und Osteuropaex-
perte an der ETH Zürich. Dies
nicht zuletzt, da in diesem Jahr ei-
nige wichtige Entscheidungen in
offenen Streitfragen fallen dürften.
Im September 2012 hatte die
EU ein Wettbewerbsverfahren
gegen Gazprom eingeleitet. Am
Energiegiganten wird wohl bemän-
gelt – die konkreten Vorwürfe sind
noch nicht öffentlich –, eine
marktbeherrschende Stellung aus-
genutzt zu haben, insbesondere in
Osteuropa, und keine fairen Preise
angeboten zu haben. Gazprom ver-
langt in den baltischen Staaten et-
wa höhere Preise als in Deutsch-
land, obwohl die Transportwege
kürzer sind. Vor kurzem wandte
sich Gazprom Experten zufolge
erneut mit einem Schreiben an Wet-
tewerbskommissar Joaquín Almu-
nia, indem es weitere Gegenvor-
schläge nannte, um das Verfahren
vor der Öffentlichmachung der
Vorwürfe zum Erliegen zu brin-
gen. Das dürfte die Kommission
aber nicht besänftigt haben. Almu-
nia erklärte, dass Gazprom offiziell-

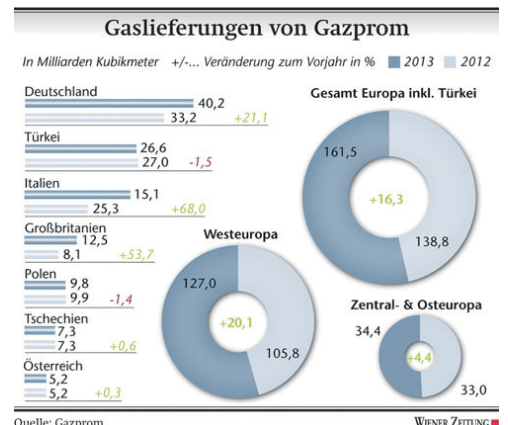
le Beschwerdepunkte erhalten soll.
Kann die Behörde die Vorwürfe in
einem Verfahren beweisen, drohen
Strafen von bis zu zehn Prozent eines
Jahresumsatzes.

Aktuell noch größerer Zankap-
fel ist die von Gazprom initiierte
Gaspipeline **South Stream**. Die-
se führt durch das Schwarze Meer
über Bulgarien, Serbien, Ungarn
und Slowenien nach Italien (ob
ein Teilstück auch nach Öster-
reich gebaut wird, ist laut der
OMV weiterhin offen; das Wirt-
schaftsministerium gab gegen-
über der „Wiener Zeitung“ an, es
gebe derzeit keine Gespräche auf
politischer Ebene, man sei aber
dafür offen). Die EU-Kommission
besteht weiterhin auf den Bestim-
mungen des Dritten Energiepake-
tes, das Unbundling (Trennung
von Energieerzeugung und Netz-
betrieb) und Third Party Access
(Zugang der Pipeline auch für
Drittparteien) vorsieht – Gazprom
widerum will für South Stream
eine Ausnahme. Energiekommissar
Günther Oettinger hatte im
Dezember mit der Forderung
überrascht, alle zwischenstaatli-
chen Vereinbarungen, die Rus-
sland mit den Transitländern zum
Bau der Pipeline abgeschlossen
hatte, neu zu verhandeln, da diese

EU-Recht widersprechen würden.
Insidern zufolge zeigte man sich
bei Gazprom darüber enttäuscht
und wollte die späte Ankündi-
gung – wo doch der Bau mittler-
weile schon begonnen hat und die
Abkommen seit Jahren unter-
zeichnet sind – nicht verstehen.

2013 konnten einige EU-Länder
der Gaspreisreduktionen durch-
setzen. Ob das den Beziehungen

zutraglich ist, wird sich weisen.
Die Hoffnung auf russischer Seite
liege jedoch auf den EU-Wahlen.
„Gazprom und die russische Re-
gierung hoffen darauf, dass sie
mit der neuen EU-Kommission
dann einen Partner hat, der bes-
ser zugänglich ist“, sagt Grätz.
Daher werde man in den offenen
Fragen vorerst einmal auch auf
Zeit spielen. ■



WIENER ZEITUNG